

ein neuer Bundeskongreß der Jusos beschließen. Wischniewski: „Bloß nicht noch ein Kongreß.“

Der SPD-Geschäftsführer drohte mit offenem Kampf: „Dann wird es ein ernster Konflikt zwischen euch und dem Parteivorsitzenden persönlich.“ Denn Brandt habe sich offen gegen „diese Kongreßmacherei“ erklärt.

In der bürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen“ plädierte gleichen Tags der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Schulz, rechter Einzelkämpfer der Berliner SPD, kaum verhüllt für Partei-Ausschluß der Jusos: „Innerhalb ein und derselben Organisation und noch mit den gleichen Mitgliedsbüchern ausgestattet, stehen sich Ideologische und politische Gegner, ja Feinde gegenüber.“

Um die Partei nicht auseinander und aus der Bonner Regierung zu treiben, beschränkte sich die SPD-Spitze auf Ersatzhandlungen.

In einem Vorstandspapier, dem das SPD-Präsidium am vergangenen Donnerstag den letzten Schliff gab, erklärten die Parteivorderen, die Jungsozialisten verstießen auf ihrem Bremer Kongreß mit ihren Beschlüssen zu Eigentum, Steuerreform, Mitbestimmung und dem der Bekämpfung des EWG-Kapitalismus gegen das Godesberger SPD-Programm.

Überdies läßt Wischniewski feststellen, wie viele SPD-Mitglieder bis zum Alter von 35 Jahren tatsächlich aktiv in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten tätig sind. Erste Hochrechnung der Wischniewski-Registratur: im Durchschnitt nicht mehr als 15 Prozent; höher ist der Aktivisten-Anteil in der Gesamt-Partei freilich auch nicht. Außerdem sollen alle neu eintretenden Genossen im Juso-Alter für die Zentral-Kartei mitteilen, ob sie als Jungsozialisten aktiv werden wollen.

Gegen die Rechten beantragte die NRW-SPD des Präsidenten Kühn beim Parteivorstand, ein ideologisches Papier über die „Abgrenzung zum Konservatismus“ entwerfen zu lassen — ähnlich der vom Parteirat eingegegneten Distanzierungs-Schrift gegenüber Kommunisten.

Rechte Parteischädiger wie Günther Müller, Klaus-Peter Schulz und den Vertriebenen-Ultra Herbert Hupka glaubt die Partelspitze erst 1973 verfolgen zu können — nachdem sie als Mehrheitsgaranten für die SPD/FDP-Koalition ausgedient haben.

Wischniewski, der davon ausgeht, daß die Flügelkämpfe in der Partei wieder abebben werden, scheut einstweilen jede Säuberungswelle: „Vor organisatorischen Maßnahmen habe ich großen Horror.“

**STEUER-REFORM**

**Goldener Apfel**

Auf Bundeskanzler Willy Brandt kommt eine schwere Last zu. Ende März überreichen die Experten der noch von CSU-Finanzminister Strauß 1968 berufenen Steuerreformkommission dem Regierungschef ihr 18 Pfund schweres und 1800 Seiten starkes Gutachten. Ihr offizieller Auftrag war es,

Westdeutschlands kompliziertes und veraltetes Steuersystem gerechter und leistungsfähiger zu machen.

Aber schon drei Wochen vor der feierlichen Übergabe und dem geplanten gemeinsamen Abendessen im Kanzler-Bungalow steht fest, daß den Reformkommissaren ein nur unwesentlich vereinfachtes, kaum gerechteres und für die Staatskasse unerfreuliches Finanzkonzept eingefallen ist.

Westdeutschlands Reiche müssen nicht fürchten, ärmer zu werden, arme Bundesbürger können nicht auf bessere Tage hoffen. Denn nach fast zweieinhalb Jahren Arbeit kommen die Experten zwar zu dem Schluß, daß den Klein- und Mittelverdienern bei der Lohn- und Einkommensteuer Vorteile eingeräumt werden sollen. Diese Begünstigungen aber werden durch einen höheren Satz der Mehrwertsteuer leicht wettgemacht, den die Sachverständigen ebenfalls vorschlagen.

Neben einem einfacheren Lohnsteuerverfahren, das fast allen Arbeitnehmern den diffizilen Lohnsteuer-Jahresausgleich abnehmen soll, haben die Reform Steuersenkungen für Lohn- und Gehaltsempfänger mit Jahresbeträgen bis zu 40 000 Mark vorgesehen.

Der niedrigste Lohnsteuersatz soll laut Gutachten von bisher 19 auf 16 Prozent ermäßigt werden. Und da eine

Für den Steuernachlaß im unteren Bereich der Einkommenskala sollen die wohlhabenden laut Gutachter-Beschluß nicht aufkommen. Nach den Plänen der Steuerkommissare wird künftig der Spitzensteuersatz für Jahreseinkommen über 125 000 Mark von 53 auf 55 Prozent nur wenig angehoben. So brauchen Einkommens-Millionäre nach dem neuen Tarif kaum mehr Abgaben zu entrichten als nach geltendem Recht.

Auch die Vermögens-Millionäre müssen den Spruch der Gutachter nicht fürchten. Die konservative Mehrheit der Kommission votierte für eine Halbierung des Vermögensteuersatzes von derzeit einem Prozent. Diese Vergünstigung soll allerdings durch eine neue Vorschrift wieder annulliert werden, nach der es den Besitzbürgern künftig nicht mehr gestattet sein soll, die Vermögensabgabe von ihrem steuerpflichtigen Jahreseinkommen abzusetzen. Faktisch würde es dabei bleiben, daß Großvermögen in der Bundesrepublik sehr gelinde besteuert werden.

Entgegen den Wünschen aller auf Gesellschaftsreformen bedachten Politiker soll die fiskalisch unergiebigste Erbschaftsteuer nur vereinfacht und lediglich bei Großvermögen unwesentlich verschärft werden. Der patinierte Grundsatz bleibt mithin bestehen, daß großer erblicher Reichtum praktisch



Steuerreform-Kommission (in München): Wer reich ist, hat nichts zu befürchten

leichte Steuerprogression (dabei wächst die Abgabenlast stärker als das Einkommen) künftig schon bei den Kleinverdienern einsetzen soll, wollen die Gutachter alle unteren Einkommensklassen mit großzügiger bemessenen Freibeträgen der Lohn- und Einkommensteuer entschädigen.

Der bislang in den Tarif eingearbeitete steuerfreie Sockelfreibetrag von 1680 Mark wird auf 2400 Mark erhöht. Daneben kann jeder Steuerzahler jährlich bis zu 30 Prozent seines Einkommens steuerfrei für die Altersversorgung abzweigen, ein Lediger einen Vorsorgebetrag bis zu 6000 Mark im Jahr, ein Verheirateter bis zu 12 000 Mark.

ungeschmälert wie ein goldener Apfel durch die Generationen gereicht werden darf.

Weiterer Geldausfall droht dem Fiskus, weil die Kommissare den Unternehmen zwei Drittel der Gewerbesteuer erlassen wollen, die noch immer die wichtigste Finanzquelle der Gemeinden ist. Überdies soll den ohnehin notleidenden Kommunen nach dem Reformkonzept das Kassieren von Bagatelsteuern verwehrt werden. So soll die Steuer auf Schankerlaubnis, Speiseeels und Vergnügung ersatzlos gestrichen werden. Nur auf die Hundsteuer können die Stadtkämmerer, wenn es nach den Gutachtern geht, weiterhin zählen.

Auch unergiebigere Verbrauchsteuern wie die Staatsabgaben auf Essigsäure, Zucker und Salz sind in Gefahr. Die mit geringem Verwaltungsaufwand einzustreichenden Steuern auf Spielkarten und Schaumweine dagegen konnten vor den Steuerkommissaren bestehen. Brantwein- und Tabaksteuer sollen namens der Volksgesundheit und der Bundeskasse sogar heraufgesetzt werden.

Insgesamt verkürzten die Reformschneider die Finanzdecke des Staates durch Vergünstigungen, Erleichterungen und Vereinfachungen um etwa 15 Milliarden Mark. Um dennoch den Wünschen ihres Auftraggebers Strauß („Durch die Steuerreform soll das Volumen der Steuereinnahmen nicht verändert werden“) zu entsprechen und ein ausgeglichenes Budget zu garantieren, verfielen die 14 Kommissionsmitglieder auf ein bewährtes Verfahren. Sie glichen das Defizit durch Erhöhung einer anderen Steuer wieder aus.

Da ein Prozent Mehrwertsteuer dem Staat im Jahr etwa vier Milliarden Mark beschert, schlagen sie eine Erhöhung des Satzes von elf auf 15 Prozent vor. Dank dieser Radikalkur können sie Bund, Länder und Gemeinden trotz der Streichungen einen Mehrerlös von etwa einer Milliarde Mark auftischen.

Der simple, wenn auch einträgliche Finanztrick mit der Mehrwertsteuer bedroht freilich das Gesamtkonzept der konservativen Steuerreformer. Wirtschaftsminister Karl Schiller rechnete seinen Kabinettskollegen jüngst vor, daß ein Prozent Mehrwertsteuer-Erhöhung den Preisindex um knapp ein Prozent erhöhen würde. Eine von elf auf 15 Prozent angehobene Abgabe würde allein schon mit drei bis vier Prozent sofort auf die Lebenshaltungskosten durchschlagen. Dazu käme dann noch die übliche Jahresschwundrate der Kaufkraft um drei Prozent.

Die Mehrwertsteuer-Masche muß den Sozialdemokraten in Willy Brandts Kabinettsrunde schon aus gesellschaftspolitischen Gründen schlecht schmecken. Denn eine höhere Kaufsteuer auf Autos und Radios, Brötchen und Textilien würde gerade jene treffen, die wegen ihres vergleichsweise geringen Einkommens den größten Teil ihres Lohnes für Konsum ausgeben müssen.

Um Ärger von der Bundesregierung abzuwenden, beschlossen Finanzminister Alex Möller und seine Spitzenbeamten in einer Klausurtagung, mit Manipulationen an der Mehrwertsteuer solange wie irgend möglich hintanzuhalten. Möller will zunächst versuchen, die Großverdiener stärker als von den Kommissaren vorgesehen zu erleichtern. Insbesondere die vielen Sonderabschreibungen und legalen Hintertürchen des Steuerrechts, durch die sich die Reichen ins Freie drücken, sollen überprüft werden. Möllers Ministerialdirigent und Steuerreformexperte Franz Klein bekannte: „Mit der Mehrwertsteuer hausen und dann mit den vielen Steuervorteilen für die Reichen nur fieseln, das wäre doch eine Schande.“

## PORNO-DEBATTE

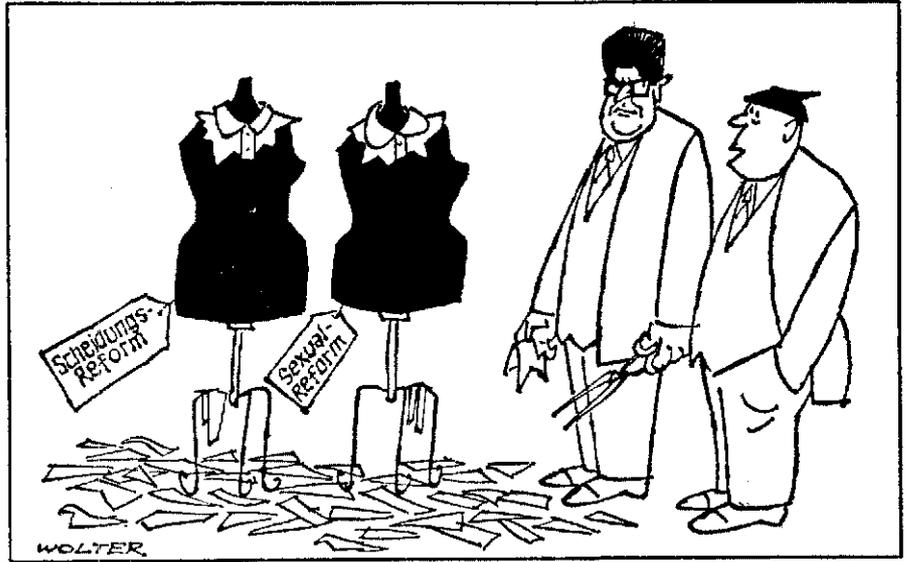
### Schlappeheit der Organe

Richard Jaeger enttäuschte seine Gegner nicht.

Der Bundestagsvizepräsident und CSU-Ultra ließ in der Pornodebatte des Bonner Parlaments am Freitag letzter Woche seinem Abscheu vor der „libertinistischen Rechtspolitik“ des SPD-Justizministers Gerhard Jahn freien Lauf. Vor lauter Erregung benutzte der Erz-Konservative bei der

einem Generalverbot nahekommt. Danach dürfen pornographische Filme nur noch in geschlossenen Klubs vorgeführt, Pornobefehle nicht mehr an Kiosken verkauft werden. Überdies sollen einschlägige Reklame und Zeitungsannoncen verboten und der Pornoversand nur noch gegen amtliche Bescheinigung über das Geburtsdatum der kaufwilligen Interessenten erlaubt werden.

Damit hatte sich der SPD-Minister eine große Gruppe gemäßigter Anhänger in der CDU/CSU-Fraktion ge-



Neue Osnabrücker Zeitung

„Aber wenn man mal davon absieht, Herr Jahn, daß Sie von modernen Kleidern gesprochen haben — als Krägelchen sind sie ganz nett!“

ersten Lesung der Sexualstrafrechts-Reform ungewohnte Vokabeln: Er nannte die Pornographie eine „Sumpfbüchse des Kapitalismus“.

Jaeger: „Hier entscheidet sich, ob wir ein deutsches Kulturvolk sind oder in neue Barbarei versinken.“ Er verkündete, es sei „Pflicht der Opposition, daß sie den Protest des Volkes formuliert“. Dabei formulierte der bayrische Eiferer allenfalls den Protest einer Handvoll Scharfmacher in der CDU/CSU-Fraktion.

Denn Justizminister Jahn, glücklos als Reform, aber erfolgreich in der Anpassung an das gesunde Volksempfinden, hatte die Opposition in die Verlegenheit gebracht, daß nur noch ihre verbissensten Kulturkämpfer etwas gegen seinen zahmen Entwurf vorbringen konnten.

Ursprünglich hatte Jahn das Pornographie-Verbot des Paragraphen 184 aus dem Strafgesetzbuch streichen wollen, später war er für eine liberalere Fassung des Verbots eingetreten, schließlich, noch vor der ersten Lesung, beugte er sich einem Pornoverdikt der spießbürgerlichen Mehrheit seiner Fraktion. Und mit Jahns Rückzug verloren die Christdemokraten einen willkommenen Vorwand, die sozialliberale Koalition vor der Öffentlichkeit überzeugend der Sittenlosigkeit zu zeihen.

Nach der neuesten Jahn-Formulierung wird der Jugendschutz vor der Pornoflut so perfekt ausgebaut, daß er

sichert. Die 63jährige CSU-Dame Ingeborg Geisendörfer machte dem Reformator Jahn Avancen: „Heute ist der Umgang mit dem schönen nackten Körper eine Selbstverständlichkeit geworden. Diese neuen Vorschläge müssen jetzt sorgfältig beraten werden.“

Ihr CDU-Kollege Rembert van Delden, 53, nach dem Urteil des SPD-Rechtsexperten Martin Hirsch „ein unverklemmter Mensch“, gab zu: „Was der Jahn macht, ist im Grunde das, was die Mehrheit bei uns will, aber die Fraktion hat das noch nicht kapiert.“ CDU-Kirchenrechtsprofessor und Ex-Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Paul Mikat, 46, identifizierte sich mit Jahn: „Ich liege auf der Linie des neuen Entwurfs, es fällt schwer, mich da als konservativ zu bezeichnen.“

Der Hamburger CDU-Vorsitzende Dietrich („Didi“) Rollmann wollte sogar glauben machen, die CDU sei insgeheim eine sexualliberale Partei: „Jahn ist ein Rhinoceros, wenn er über Land läuft und sich als Reformler aufspielt. In der Großen Koalition haben wir die Freigabe von Ehebruch, Sodomie und einfacher Homosexualität erreicht, aber das hat sich alles unter der Decke vollzogen. Auch jetzt hätte Jahn alles von uns haben können, wenn er es anders angestellt hätte.“

Nur um nicht offen einzugestehen, daß der neue Jahn-Entwurf die starre CDU/CSU-Front gegen Schmutz und